Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1.25 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.75, durch Postboten ins Haus gebracht M. 4.17. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. **Geschäftsst.:** Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92.) Rhede, J. G. Hams. Anholt Wilhelm Wolsing.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf. Textanzeige kosten die Kleinzeile 80 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung. Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang — Montag, den 14. Juli 1919 — Nummer 166

Die Blockade aufgehoben.

WTB. Versailles, 12. Juli. (Drhtb.) Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittagssitzung beschlossen, die Blockade Deutschlands von heute, den 12. Juli ab, aufzuheben.

Die Wirkungen der Blockadeaufhebung.

Washington, 12. Juli. Reuter. Die **Schiffahrtsverbindungen** mit Hamburg und Bremen werden **wieder hergestellt**, sobald die Ladungen dafür aufgebracht werden können. Von Philadelphia wird sofort ein Schiff nach Hamburg abgehen. Aus den südlichen Häfen wird **Baumwolle** direkt nach Deutschland verschifft werden.

Washington, 11. Juli. Reuter. Der stellvertretende Staatssekretär versprach, daß die **Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland** binnen 48 Stunden gestattet werden wird. Außer für Farbstoffe, Chemikalien und Kali, die unter der Wiedergutmachungskommission stehen, werden Lizenzen aufgegeben werden. Die Schiffahrtsbeschränkung werden nicht beibehalten.

Bern, 12. Juli. Wie der „Bund" mitteilt, hat der Bundesrat heute dem Volkswirtschaftsdepartement die nötigen Vollmachten erteilt, um die **Aufhebung der S. S. S.** in die Wege zu leiten. Die Mitteilung der alliierten Regierungen über die sofortige Aufhebung der S. S. S. wird in kürzester Zeit erwartet, die Vorarbeiten sind sind in vollem Gange, so daß ein rasches Tempo zu erwarten sei. Das Handelsamtsblatt enthält bereits eine Liste der Waren, für die mit Aufhebung der S. S. S. **generelle** Ausfuhrbestimmungen erteilt werden.

Die Uebergabe der Ratifikationsurkunde.

* **Berlin**, 11. Juli. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat Freiherr von Lersner, übermittelte am 10. Juli vormittags Clemenceau folgende Note:

Ew. Exzellenz beehre ich mich, im Auftrage der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde des am 28. Juni unterzeichneten Friedensvertrages, der dazu gehörigen Protokolle und der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande nach erfolgter Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches am 9. Juli vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ging mit einem besonderen Kurier nach Versailles ab und wird von mir nach dem Eintreffen alsbald unterzeichnet. Die deutsche Regierung sieht nunmehr der Mitteilung über die **Aufhebung** der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verfügten **Blockademaßnahmen** entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die **Heimbeförderung** der deutschen **Kriegsgefangenen** unverzüglich in die Wege geleitet wird und bittet, ihr auch hierüber baldmöglichst Nachricht zugehen lassen zu wollen.

Die Uebergabe der abgetretenen Gebiete im Osten.

* **Berlin**, 11. Juli. Die deutsche Note an die Entente, in der um Verhandlungen mit den Polen ersucht wird, ist, wie wir erfahren, auf Anregung des Ministeriums des Innern und erst nach eingehender **Beratung mit dem Kabinett** ergangen. Man ist von der Erwägung ausgegangen, daß es nur durch mündliche Verhandlungen möglich sein wird, für eine reibungslose Uebergabe der Verwaltung im Osten zu sorgen.

Die Friedensverhandlungen mit Bulgarien.

* **Amsterdam**, 11. Juli. Der „Telegraaf" meldet aus Paris, daß der Oberste Rat der Alliierten beschlossen hat, die bulgarischen Bevollmächtigten für den 25. Juli nach Enghien zu berufen.

* **Rotterdam**, 11. Juli. Laut „Journal" sind die neuen Grenzen Bulgariens bereits festgestellt. Danach erhält **Griechenland das westliche Thrazien**, Serbien die Bucht von Strumnitza und eine kleine Grenzberichtigung bei Kustentil. Von Rumänien wird die Rückgabe des im Jahre 1913 annektierten Dobrudschagebietes mit Ausnahme der Brückenköpfe bei Silistria und Turtikai gefordert.

* **Amsterdam**, 11. Juli. Central News melden aus London: Es wurde die **Beschlagnahme** aller Besitzungen des **Königs Ferdinand von** Bulgarien in England im Werte von 400 000 Pfund Sterling angeordnet.

Die Zustände in Belgien.

sind heute so, daß die große Masse der Bevölkerung mit einer gewissen Sehnsucht an die Zeiten zurückdenkt, da deutsche Organisation eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel verbürgte. Es gibt heute bereits genug Lebensmittel im Lande, aber sie werden zu so hohen Preisen verkauft, daß der größere Teil des Volkes nicht soviel davon kaufen kann, als er zum Leben notwendig hat. Dazu ist der größere Teil der arbeitenden Bevölkerung noch arbeitslos, weil der belgischen Industrie noch immer die Rohstoffe und Maschinen fehlen. Im Wiederaufbaugebiet werden meistenteils deutsche Kriegsgefangene verwendet, die im allgemeinen sehr schlecht behandelt werden. Trotz aller offiziellen Ableugnungsversuche ist es Wahrheit, daß in den Kriegsgefangenenlagern von **Melle, Wulverghem** und **Coxyde** die deutschen Kriegsgefangenen bei den geringsten Anlässen mit dem Gummischlauch schwer mißhandelt werden. Die schlimmsten Verhältnisse in dieser Beziehung herrschen in dem Kriegsgefangenenlager **Coxyde** bei la Paune. Das ist eine richtige Hölle und obwohl endlich der alte Lagerkommandant abgelöst worden ist, wird von den dort tätigen belgischen Unteroffizieren weitergeprügelt. Hin und wieder glückt es ein paar deutschen Kriegsgefangenen, diesem Elend durch die Flucht zu entweichen. Aber die meisten werden wieder ergriffen, ehe sie ihren Fuß über die holländische Grenze gesetzt haben. So gelang das einem deutschen Vizefeldwebel aus Emmerich — dessen Frau, eine Belgierin, die Wachtposten mit insgesamt 10 000 Frcs. bestach — und einem deutschen Schriftsteller, der in Gent verhaftet und in Voxyde als Spion behandelt wurde. Drei andere Deutsche, die in belgischen Uniformen bis nach **Selzate** gekommen waren, wurden dort festgenommen, von der Bevölkerung blutig mißhandelt und dann nach Coxyde zurückgeschafft. Ein deutscher Leutnant, der mit seinem Burschen geflüchtet war, wurde 4 Wochen nach der Flucht in dem Keller eines zerschossenen Hauses von **St. Demps-Westrem** bei Gent verhungert aufgefunden. Ebenso sein treuer Bursche. Sie hatten den deutschen Tod dem furchtbaren Lose der Gefangenschaft vorgezogen. Aber nicht nur den Deutschen wird heute in Belgien so furchtbar mitgespielt. Auch gegen alle Deutschenfreunde hat eine furchtbare Verfolgung eingesetzt. In jeder kleineren Stadt sind Kriegsgerichte eingesetzt, die nichts anderes tun, als Belgier zu schweren Strafen zu verurteilen, die von ihren Mitbürgern verdächtigt worden sind, während des Krieges mit den Deutschen freundschaftliche oder geschäftliche Verbindungen unterhalten zu haben. Zuchthausstrafen von 5 bis zu 25 Jahren sind für solche „Verbrechen" an der Tagesordnung. In Brügge wurden bis jetzt allein 1754 Personen wegen Beziehungen zum Feinde verurteilt. In Gent schwebt gegen über 3500 Personen das Strafverfahren.

In den ersten Tagen nach dem Abzug der deutschen Truppen aus Flandern haben sich dort entsetzliche Dinge zugetragen, wie sie der Pinsel eines Höllenbreughel nicht greulicher zu schildern vermöchte. Hunderte von Frauen und Mädchen, die beschuldigt waren, deutschfreundlich zu sein, wurden vom wütenden Pöbel nachts aus den Betten geholt, nackt durch die Straßen nach den öffentlichen Plätzen getrieben, wo ihnen die Haare abgeschnitten, und sie fürchterlich mißhandelt wurden. Viele Mädchen sind an den Folgen solcher grauenvoller Mißhandlungen gestorben, viele andere wurden totgeschlagen und ihre Leichen in die Wasser der Leie und Schelde geworfen, viele im Mist vergraben. Drei Tage lang durfte der Pöbel wüten, ohne daß ihm das Handwerk gelegt wurde. Dann aber schritten Engländer und Amerikaner ein, die in allen größeren Städten starke Garnisonen unterhalten und unerbittlich und viel schlimmer als die Deutschen die Polizeidienste ausüben. In manchen Städten dürfen noch heute nicht mehr wie drei Personen zusammenstehen und ist die Polizeistunde auf 9 Uhr abends festgesetzt. In gewissen Nachtstunden dürfen die Bürger überhaupt nicht die Straßen betreten. Überall ist noch die Identitätskare strenge Vorschrift. Jeder Belgier über 15 Jahre muß sie bei sich tragen, wenn er sein Haus verläßt und wird sehr streng bestraft, wenn er von der Polizei ohne diesen Personalausweis betroffen wird. So wüten die belgischen Behörden gegen ihre eigenen Landsleute, sodaß vor 14 Tagen an allen Straßenecken Gents über Nacht ein heimlicher Aufruf angeschlagen wurde, der in wenigen Lettern lautete: **„Bürgermeister wir wünschen die Deutschen zurück!**

Heinrich Wandt.

Großhessische Republik.

Die Zentrumsabgeordneten **Borgmann** und Gen. haben in der preußischen Landesversammlung folgende dringliche Anfrage gestellt:

„Ist der preußischen Staatsregierung bekannt, daß neuerdings die **Gründung einer großhessischen Republik** unter Einbeziehung preußischer Landesteile von etlichen Stellen des hessischen Freistaates angestrebt wird? Kann die Regierung Auskunft darüber geben, ob die Schritte, die der hessische Ministerpräsident **Ullrich** in dieser Angelegenheit getan hat, im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgt sind? Welche Stellung nimmt die Staatsregierung gegenüber diesen Bestrebungen ein, die darauf hinauslaufen, Gebietsteile des preußischen Staates neuzubildenden Gliedstaaten anzugliedern?

Amtlich war mitgeteilt worden, Ullrich lege Wert darauf, festzustellen, daß Hessen keine Loslösung vom Reiche wünsche, wohl aber müsse es sich sichern gegen **französische Aspirationen auf das Rheinland.** Alles, was zu diesem Zwecke geschähe, sei im Einverständnis mit der Reichsregierung erfolgt. Der Ministerpräsident selbst werde in den allernächsten Tagen in Weimar sein, um mit dem Kabinett zu verhandeln. Die „Politisch-Parlamentarischen Nachr." melden hierzu:

Unsere gestrige Notiz über Loslösungsbestrebungen Hessens von Preußen werden in einer offiziösen Notiz dementiert. Diese Notiz dementiert nur Loslösungsbestrebungen vom Reiche, nicht **Lockerungsbestrebungen in Preußen.** Wir sind in der Lage, auf das bündigste zu versichern, daß uns die gestrige Notiz von absolut vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden ist, und **daß wir an ihr festhalten,** so lange nicht ein Dementi erfolgt, das den Kern der Angelegenheit trifft.

In diesem Falle haben wir weder in der alldeutschen, noch in der demokratischen, noch in der sozialdemokratischen Presse auch nur den leisesten Ton der Entrüstung über den „Landesverrat" gehört. Keiner von den Vaterlandswächtern hat auch nur entfernt daran gedacht, den Staatsanwalt gegen Ullrich herbeizurufen, womit man gegen die Kölner Herren sofort bei der Hand war. Allerdings ist Ullrich ja auch kein „Ultramontaner". Jetzt schreit man um so lauter über „klerikale Sonderbestrebungen in Oberschlesien". Dort ist ganz Erschreckliches geschehen. Der in Königshütte erscheinende „Kurier" berichtet:

In diesen Tagen sitzen drei angesehene Herren in einem besseren Bierlokal in Kattowitz und unterhalten sich über die Selbständigkeitspläne Oberschlesiens durchaus nicht laut und aufreizend. Die Herren sind Deutsche. Plötzlich wird einer der Herren ans Telephon gerufen. Referendar Dr. Gotthilf vom Staatskommissariat wünscht den Herrn zu sprechen. Mitteilung: Wenn die Herren nicht sofort Gespräch abbrechen, werden sie **wegen Hochverrats festgenommen** werden.

Im sozialistisch regierten Oberschlesien scheint man noch immer keine Ahnung davon zu haben, daß mittels des Polizeiknüppels Preußen sich bei den Oberschlesiern nicht beliebt machen kann.

Die Seife wird billiger.

WTB. **Berlin**, 12. Juli. Durch erhöhte Zuteilung von Fetten und Oelen an die deutsche Seifenindustrie wird es möglich, die deutsche Seifenindustrie auf eine neue Grundlage zu stellen und die den Verbrauchern zugeteilten Mengen qualitativ erheblich zu verbessern. Unter den neuen Verhältnissen wird die Seifenversorgung nach folgendem, Programm erfolgen: 1. Die bisherige **K.-A.-Seife** wird in Zukunft ohne Seifenkarte abgegeben. Bei Beibehaltung des bisherigen Preises ist ihr Fettgehalt von 16 auf 25 Prozent erhöht worden. 2. Das **K.-P. Seifenpulver** wird unter Verdoppelung des bisherigen Fettgehalts mit monatlich 125 Gramm auf den Seifenpulver-Abschnitt der Seifenkarte geliefert. Der Preis erhöht sich auf 0,45 Mark für ½-Pfund-Paket. 3. Es wird eine einwandfreie **Kernseife** von Friedensqualität (60 Prozent Fettgehalt) in Doppelstücken von 200 Gr. oder in einfachen 100 Gramm-Stücken hergestellt. Das 100 Grammstück wird zum Preise von 0,80 Mark geliefert. Als Feinseife wird eine gute polierte **Toilettenseife** (80 Prozent Fettgehalt) im Stückgewicht von 100 Gramm geliefert. Für die Selbstrasierer wird anstelle der Feinseife einwandfreie **Rasierseife** zur Verfügung gestellt. Das 100 Grammstück Feinseife wird zum Preise von 1,20 Mark, das 50 Grammstück Rasierseife zum Preise von 0,60 Mark berechnet. — Die unter 3 genannten Erzeugnisse werden nur gegen Seifenkarte geliefert, und zwar gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte. Ein Feinseifenabschnitt berechtigt zum wahlweisen Bezuge von 50 Gramm der genannten Erzeugnisse. Ihre Lieferung wird erstmalig Anfang September auf die Septembermarken in Frage kommen, doch soll die Herstellung der neuen Erzeugnisse derart beschleunigt werden, daß bereits Ende August mit ihrer Lieferung begonnen werden kann. Der Vorbezug auf Septembermarken ist wie bisher auch bereits im August zulässig. Angesichts dieser Verbesserungen empfiehlt es sich für die Verbraucher, vom Kauf ausländischer Seifen im Schleichhandel nach Möglichkeit abzusehen, da durch die Neuregelung der deutschen Seifenversorgung in Kürze ein erhebliches Sinken der bisherigen Wucherpreise zu erwarten ist.

Die Neuordnung im Reich.

Die Wissellkrise und die Planwirtschaft.

* **Weimar**, 12. Juli. Von einer der Regierung nahestehenden Seite erfahren wir über die Entstehung der Wissellkriese:

Am Mittwoch hat sich das Kabinett mit der Planwirtschaft beschäftigt. Anlaß dazu bot eine Interpellation der Deutschnationalen über die Planwirtschaft. Der Wirtschaftsminister hatte eine Antwort ausgearbeitet, die dem Kabinett vorgelegt wurde. In dieser Antwort wäre natürlich eine Festlegung des Kabinetts auf die Planwirtschaft enthalten gewesen. Das Kabinett hat entschieden die von Wissell entworfene Antwort gegen Wissells Stimme nach einer ergiebigen Debatte abgelehnt. Damit war für das Ministerium die Angelegenheit erledigt. Wissell schob die Entscheidung über die von ihm persönlich zu ziehende Konsequenz hinaus bis zu der auf Donnerstag einberufenen Fraktionssitzung der Sozialdemokraten. In dieser Fraktionssitzung haben die Sozialdemokraten die Stellungnahme ihrer Mitglieder im Kabinett gutgeheißen, anderseits den Wunsch ausgesprochen, daß Wissells Kraft dem Kabinett erhalten bleiben möge.

Die Debatte soll heute abend zu Ende geführt werden. Auf alle Fälle **wird das Wirtschaftsministerium neu besetzt werden,** auch wenn Wissell Mitglied des Kabinetts bleibt. Ueber das künftige Wirtschaftsprogramm des Kabinetts läßt sich im allgemeinen nur sagen, daß es weder auf schrankenlose freie Wirtschaft noch auf eine Wirtschaft nach einem bestimmten Schema aufgebaut sein wird. Das Kabinett wünscht nicht, daß irgend ein Schritt getan wird, der unsere Wirtschaft noch mehr bindet als es schon jetzt der Fall sein wird. Das würde aber durch die Planwirtschaft unbedingt geschehen. Viele Bindungen, die heute vorliegen, ergeben sich nur aus der Kriegswirtschaft. Wenn die Blockade aufgehoben wird, wird der Grund für diese Kriegsmaßnahme hinfällig geworden sein. Wir haben keine Veranlassung, wenn die Blockadeschranken fallen, unserseits eine neue Blockade aufzurichten.

Drei Gesichtspunkte werden für unsere künftige Wirtschaftspolitik in jedem Falle maßgebend sein müssen: 1. daß keine Luxusartikel eingeführt werden dürfen, 2. daß das Bedürfnis der Minderbemittelten unbedingt befriedigt werden muß, 3. darf keine Maßnahme durchgeführt werden, die die Sozialisierung erschwert.

Maßgebend bei der Ablehnung der Planwirtschaft im Kabinett war auch die Erwägung, daß bei ihrer Durchführung Unternehmer und Arbeiter allzuleicht zu einer Interessengemeinschaft gegen die Verbraucher zusammengeschlossen werden könnten. Wie wir hören, wird Ministerpräsident Bauer in seiner am nächsten Mittwoch zu erwartenden Programmrede sich in dem vorstehend skizzierten Sinn über unsere Wirtschaftspolitik äußern.

* **Berlin,** 11. Juli. Die Reichsregierung ist zurzeit bemüht, der Gerüchtenbildung über die Krisis, die sich an den Namen Wissell knüpft, entgegen zu treten. Das Kabinett legt Wert darauf, festzustellen, daß es die Beantwortung einer in dieser Angelegenheit ergangenen Anfrage abgelehnt hat. Das Kabinett legt ferner Wert darauf, festzustellen, daß es keineswegs eine „planlose" Wirtschaft beabsichtigt, sondern daß sich zurzeit seine Pläne nicht in ein Schlagwort fassen lassen. Das Kabinett bereitet die **Sozialisierung** der sozialisierungsfähigen Betriebe vor. . Damit möchte das Kabinett aber keineswegs ein System, sondern nur seine Grundtendenz gekennzeichnet wissen. Die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts haben sich besonders scharf gegen die Wissellsche Planwirtschaft ausgesprochen. Nach wie vor soll eine **kontrollierte Wirtschaft** bestehen bleiben, in dem die Einfuhr von **Fertigwaren** sehr scharf überprüft wird. Dagegen will man die Einfuhr von Schuhen und Kleidern für die Massen freigeben. Die Einfuhr von Rohstoffen dagegen müsse weiterhin überwacht werden, weil es sich ergeben habe, daß die Einzelfirmen nicht in der Lage seien, diese Rohstoffe zu bekommen, da sie ihre Kreditfähigkeit zum größten Teil verloren haben. Man geht daher im Kabinett mit der Absicht um, **Konzerne** zu bilden, die unter Ueberwachung durch den Staat die Einfuhr zu regeln haben.

Wissel geht doch.

Weimar, 12. Juli. Die **Wisselkrise** ist nun **endgültig entschieden.** Wissel nimmt kein anderes Ministerium an und scheidet aus dem Kabinett aus.

Arbeitsrecht.

Berlin, 10. Juli. Die Vorarbeiten für Schaffung eines **einheitlichen Arbeitsrechtes** sind nunmehr in Angriff genommen worden, nachdem die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Grundlagen des neuen Rechts zu einer Einigung geführt haben. Mit der Ausarbeitung ist ein Arbeitsausschuß betraut worden, der sich der Mitarbeit von Spezialisten bedient. Die Materie umfaßt folgende Gebiete: Allgemeines Arbeitsvertragsrecht, Angestelltenvertragsrecht, öffentliche Vorschriften des Arbeiterschutzes, organisatorische Fragen, Arbeitsvermittlung, Tarifvertragsrecht, Koalitionsrecht, Lohnkämpfe, Einigungsrecht, Werkrecht, Landarbeiter- und Gesindewesen, Hausangestelltenrecht, Recht der Bühnenangehörigen, Beziehungen zum Beamtenrecht und Recht der Staatsarbeiter und Staatsangestellten, Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt, Fischerei, Arbeitsordnung, Lohnbeschlagnahme. Da das neue Arbeitsrecht in seiner Vielgestaltigkeit mehrere Monate Zeit zur Ausarbeitung gebraucht, sollen einige dringende Fragen durch Zwischengesetze geregelt werden, so Heimarbeitsfragen, einschl. Kinderschutz, Arbeitsgericht, Arbeitsvermittlung.

Das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie

ist abgeschlossen und zwar auf der Grundlage, die wir bereits vor einigen Tagen mitgeteilt haben. Danach bleibt also der bisherige Zustand im wesentlichen erhalten. Die einzelnen Bestimmungen sind in den §§ 143, 144 und 146 der Verfassung festgelegt. Die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Schule sollen nicht geändert werden. Für die Festlegung des bestehenden Zustandes soll der Zeitpunkt der Verkündigung der Verfassung maßgebend sein. Der konfessionelle Religionsunterricht bleibt neben den Simultanschulen bestehen. Der **Wille der Erziehungsberechtigten** ist für den Religionsunterricht maßgebend. Die Erteilung des Religionsunterrichts durch die **Lehrer** und ihre Teilnahme an kirchlichen Handlungen wird von der Willenserklärung der Lehrer abhängig gemacht. Kein Kind kann gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme am Religionsunterricht oder an kirchlichen Feiern gezwungen werden. Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaften erteilt. Die Erteilung des Religionsunterrichtes als eines ordentlichen Lehrfaches der Schule wird im Rahmen der Landesgesetzgebung geregelt. Die **Privatschulen** als Ersatz für öffentliche Schulen werden **nicht grundsätzlich verboten,** bedürfen aber der Genehmigung des Staates und unterstehen dem Landesgesetz. Sie sind in der Regel zuzulassen, wenn sie in ihrem Lehrziele und -Einrichtungen sowie der wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Die Genehmigung privater Volksschulen ist zu erteilen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten deren Wille nach § 146 zu berücksichtigen ist und eine öffentliche Volksschule in den Gemeinden nicht besteht. Privatvorschulen sind unzulässig. Die **endgiltige Formulierung** des Kompromisses liegt noch nicht vor, fest steht aber, daß für das Kompromiß eine **sichere Mehrheit** vorhanden ist. Ein großer Teil der Sozialdemokraten wird allerdings in der zweiten Lesung wegen seiner grundsätzlichen Stellungnahme **nicht** für das Kompromiß stimmen; die Sozialdemokraten werden aber für die Verfassung im **Ganzen** stimmen.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Weimar,** 11. Juli.

Es erfolgt zunächst eine Reihe Anfragen.

Abg. **Feith** (DN.) wiederholt die am 1. Juli beantwortete Anfrage über den Ueberfall auf den Kapitänleutnant Mücke während eines Schülervortrages in Frankfurt a. M.

Regierungsvertreter **Weller** bestätigt die in der Anfrage mitgeteilte Tatsache. Die preußische Regierung solle ersucht werden, zur besseren Sicherheit der Personen in Frankfurt a. M. Sorge zu tragen.

Eine Anfrage des Abg. Dr. **Becker** (DV.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notlage der in den insbesondere durch den Friedensvertrag abgetrennten Gebiete stellungslos werdenden Reichsbeamten.

Regierungsvertreter **Weller** sagt zu, daß die Regierung nicht nur der vorübergehenden Not steuere, sondern die betreffenden Reichsbeamten wieder Stellung erhalten werden.

Abg. **Delius** (D.) fordert Vorkehrungen für die Regelung der Kirsch- und Obstpreise.

Regierungspräsident **Venerlein** führt aus, daß die Kirschpreise eine entsprechende Senkung erfahren hätten. Ueber die Hauptobsternte könne noch keine Entscheidung getroffen werden.

Auf eine Anfrage des Abg. **Becker** (DV.) zur Entscheidung von Patentanträgen teilt Unterstaatssekretär Dr. **Delbrück** mit, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, über die Angelegenheit eine Vorlage auszugeben, da sie eine ungerechtfertigte Bevorzugung einer einzelnen Bevölkerungsklasse sein würde.

Hierauf folgt die Beratung der Verfassung. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil **Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.**

Nächste Sitzung Samstag.

WTB. **Weimar,** 12. Juli.

Zunächst Wahlprüfungen.

Es folgt die Beratung über die Wahl im 28. Wahlkreis

Düsseldorf.

Abg. **Zubeil** führt als Berichterstatter aus, daß die Spartakisten durch tätliche Angriffe auf die Wahllokale und die Säle die Ausübung des Wahlrechtes für etwa 58 000 Wähler unmöglich gemacht haben. Diese hohe Zahl sei geeignet, das Wahlergebnis erheblich zu beeinflussen. Der Ausschuß beantragt deshalb teilweise Nachwahl, um Beweismaterial zu der Mandatserteilung zu erhalten.

Abg. **Spahn** (Zentr.): beantragt Zurückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuß.

Abg. **Neumann-Hofer** ersucht, dem Beschluß des Ausschusses beizutreten. Zur Beweiserhebung müsse in jedem Falle eine teilweise Nachwahl stattfinden. Die Angelegenheit habe besondere Bedeutung für die Gestaltung des zukünftigen Wahlausschusses, weil sich inzwischen die politische Konstitution geändert habe.

Der Regierungsvertreter Freiherr **von Welser** führt aus, daß Nachwahlen im Wahlgesetz nicht vorgesehen seien.

Nach weiterer unerheblicher Debatte bezweifelt der Abg. **Gröber** (Zentrum) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident **Fehrenbach** hält es wegen der geringen Zahl der Abgeordneten für überflüssig, die **Beschlußunfähigkeit** festzustellen. Es tritt Vertagung auf Montag ein.

Preußische Landesversammlung.

WTB. **Berlin,** 11. Juli.

Das Eisenbahnanleihegesetz

steht zur zweiten Beratung.

Berichterstatter Abg. **Schubert** (S.) beantragt namens des Ausschusses die unveränderte Annahme des Entwurfs, der insgesamt 113 Millionen anfordert.

Minister **Oeser:** Die vergebenen Arbeiten konnten zu dem vereinbarten Preise nicht durchgeführt werden. Wir mußten die Preise erhöhen. Die Vorlage enthält noch nicht alle Mehrforderungen; ich muß mir leider vorbehalten, noch mit **Nachforderungen** zu kommen. Wir werden künftig mit Bauten vorsichtiger sein müssen, als bisher. Wirklich notwendige Anlagen werden wir hoffentlich auch in Zukunft ausführen können, aber wir werden so einfach billig und praktisch wie möglich bauen müssen. Die **Preissenkung der Lebensmittel** hat schon jetzt den Wert einer Lohnerhöhung von 50 Pfennig für die Stunde. Die Schleichhandelpreise sind gefallen und werden bald weiter sinken, sobald die fluchwürdige und völkerrechtswidrige Blockade aufgehoben ist. Eine Senkung der **Kleider- und Schuhwarenpreise** ist demnächst zu erwarten. Das Reich wird dazu künftig 500 Millionen Mark beisteuern. Die finanzielle Gesundung der **Beamten und Arbeiter** wollen wir dadurch weiter fördern, daß wir für eine begrenzte Zeit auch die bestehenden Löhne und Gehälter aufrechterhalten werden. Ueber die organisatorischen Maßnahmen werden wir hoffentlich bald zu einer Verständigung mit den Gewerkschaften gelangen. Eine Ausnahmestellung beanspruche ich für meine Verwaltung nicht; ich werde mich in alles fügen, was das Reich beschließen wird. Wir müssen zu einem vertrauensvollen Zusammenwirken von Vorgesetzten und Untergebenen kommen und zu einem geordneten, leistungsfähigen Betriebe. (Beifall.) Nach der politischen Meinung haben wir nicht zu fragen, nur nach der Tüchtigkeit. Jeder Vorgesetzte, der seine Pflichten erfüllt, wird den starken Schutz der Verwaltung hinter sich haben. Die Nebenämter werde ich zu Spezialämtern ausbauen. Feldwebelleutnants will ich noch in meiner Verwaltung haben. Wir stehen jetzt in wirtschaftlicher Beziehung an einem Wendepunkt. Sobald die Blockade fällt, werden **große Vorräte ... den Grenzen** zur Verfügung stehen, die nur darauf warten, uns zu überfluten und unsere letzten Barmittel ins Ausland zu ziehen. Wir müssen uns durchdringen lassen von der großen Verantwortung, die auf uns lastet. Tun wir jetzt nicht alle unsere Schuldigkeit, dann ist unser Land nicht mehr zu retten. Ich will die Demokratisierung der Verwaltung. Ich werde mein Programm festhalten und durchführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Brust** (Z.): Wir stimmen dem Entwurf zu. Zu den Hilfsaktionen für die Eisenabnmen werden ja wohl auch die **Gemeinden** herangezogen werden. Das darf nicht schematisch geschehen, denn viele Gemeinden sind schon jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Von den Beamten und Arbeitern müssen wir Disziplin verlangen.

Abg. **Schubert** (S.): Der politische Hintergrund des Eisenbahnerstreiks ist unverkennbar. (Unruhe bei den Unabhängigen.) Im Haushaltsausschuß hat der Abgeordnete Paul Hoffmann selbst gegen die Entschließung gestimmt, die die Regierungaufforderte, alles zu tun, um den berechtigten Forderungen der Eisenbahner gerecht zu werden. (Hört, hört!) **Politische Drahtzieher** haben den Streik herbeigeführt, um der Regierung die Möglichkeit zur Herabsetzung von Lebensmitteln und zur Zufriedenstellung der Eisenbahner zu nehmen. (Lärm bei den Unabhängigen.)

Die Vorlage wird in zweiter und ohne Debatte sofort auch in dritter Lesung und im ganzen angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern

fortgesetzt.

Abg. **Budjuhn** (D.) ersucht die Regierung in einer förmlichen Anfrage um Auskunft über die Behandlung der von Polen festgesetzten **Geiseln und Gefangenen.** Die Behandlung spricht jeder Menschlichkeit Hohn. Es ist bedauerlich, daß die Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Beantwortung dieser seit langer Zeit vorliegenden Anfrage so spät erklärt hat.

Ein Vertreter des Kriegsministers: Wegen der völkerrechtswidrig enBehandlung der Geiseln und Gefangenen hat General von Hammerstein wiederholt Einspruch erhoben. General Rudant hat aber keine Antwort erteilt. (Hört, hört!) Gewisse Verbesserungen sind zwar inzwischen eingetreten, aber immer noch spricht die Behandlung der Geiseln und Gefangenen aller Menschlichkeit Hohn. Beim Obersten polnischen Volksrat ist entschieden Verwahrung eingelegt worden.

Nächste Sitzung Dienstag.

Erben Willmers-Gorlenko.

Roman von Nina Meyke.

13 Nachdruck verboten.

„Setze vor allen Dingen deinen Hut auf!" befahl der alte Herr dem Kinde in kurzem Ton. „Du könntest leicht den Sonnenstich bekommen!" Gehorsam griff die Kleine mit beiden Händen nach ihrer auf dem Rücken baumelnden Kopfbedeckung, knüpfte die lose flatternden Bänder fester unter dem Kinn zusammen und blickte verschüchtert in das Gesicht des Fremden. „Ich bin sehr schnell gelaufen!" entschuldigte sie sich kleinlaut. „Sie machten so furchtbar lange Schritte, und gewiß hätte ich Sie nicht eingeholt, wenn ich mich auch nur einen Augenblick aufzuhalten dachte!"

„War es notwendig, daß du mir nachliefest?" brummte der alte Herr, griff in die Tasche seines Mantels und ließ eine silberne Münze in die Hand der Kleinen gleiten. „Da nimm, und halte mich nicht länger auf!"

„Danke, gnädiger Herr, ich — bettele nicht!"

„Du bettelst nicht?" Die buschigen Brauen des alten Mannes glätteten sich, während seine Augen von dem stolz erhobenen Köpfchen der Kleinen abglitten und die in den Staub gerollte Münze suchten, die er ruhig aufhob und in seine Tasche steckte. „Verzeih', liebes Kind, ich glaubte, du wolltest mich um ein Almosen bitten! Zum Spaß bist du mir aber doch nicht nachgelaufen."

„Ich wollte Sie fragen, ob ich auf dem rechten Wege nach Willmershöh bin und ob es noch weit ist bis dahin!"

„Willmershöh?" Die Brauen des Fremden zogen sich in die Höhe. „Du willst nach Willmershöh, Kleine?"

„Ja, gnädiges Herr. Ist es noch sehr weit?"

„Gute zwei Werst! Fehlgehen kannst du nicht, die Chaussee führt schnurgerade bis an das Gut, aber, wenn du willst, können wir den Weg gemeinsam machen!"

„Wollen Sie auch nach Willmershöh? Ach wie gut das ist! Dann nehmen Sie mich mit, nicht wahr, gnädiger Herr?" —

„Wenn du willst! Es ist nicht sehr angenehm im Sonnenbrande hier auf der Landstraße zu stehen! — Also aufgepaßt! — Rechts um! — Marsch!" —

Lächelnd betrachtete er seine kleine Begleiterin, die sich ernsthaft bemühte, mit ihm Schritt zu halten, und ein eigenes, warmes Gefühl, als wäre mit dem Erscheinen dieses fremden Kindes etwas Neues, Unerwartetes, aber Freudvolles in sein Leben getreten, bemächtigte sich seiner.

„Mache ich wieder zu große Schritte?" fragte er freundlich, nachdem sie eine Weile schweigend neben einander gegangen waren. „Bist du nicht müde?"

„Ein wenig, aber eine Weile geht es noch!" erwiderte die Kleine, doch ihre Stimme klang so atemlos, daß er sofort stehen blieb. „Ist es noch sehr weit bis Willmershöh?"

„Immerhin ein tüchtiges Stück für so kleine Füße, wie die deinen!" bemerkte der alte Herr. „Wir wollen uns ausruhen, hernach marschieren wir weiter. Drüben unter dem Birnenbaum ist es schattig, und der Felsstein wird Raum für uns beide bieten, aber um dahin zu kommen, muß man über einen Graben setzen, verstehst du zu springen, Kleine?"

„O gewiß!" erwiderte sie ernsthaft, während sie mit sachkundiger Miene den nicht allzu breiten Graben maß. „Als Papa noch lebte machte ich noch ganz andere Sprünge!"

„Nun, dann zeige deine Kunst! — Also — aufgemerkt — Eins! Zwei! Drei! —

Bei dem Worte „aufgemerkt!" trat die Kleine ein paar Schritte zurück, stemmte beide Arme in die Seiten und wartete stramm aufgerichtet, das letzte Kommandowort ab. Dann nahm sie einen regelrechten Anlauf, flog wie ein Pfeil über das grünlich-schillernde, mit einer Menge Vergißmeinnicht besetzte Wasser und stand im nächsten Augenblick auf der anderen Seite.

„Sapperlot, Mädchen, du springst wie ein junger Hirsch!" lobte der alte Herr, der jede ihrer Bewegungen mit Vergnügen beobachtete. Wenn man dich sieht, bekommt man Lust, es dir nachzumachen, aber mit 65 Jahren wird das nicht leicht! Deshalb muß man sich auf andere Weise zu helfen suchen. So, da bin ich auch glücklich drüben, und nun wollen wir uns setzen! Hier ist es angenehm, nicht wahr? — Fürchte dich nicht, Kleine, rücke ruhig näher, ich beiße dich bestimmt nicht! Woher kommst du eigentlich, Kind?" —

„Aus Uexküll, gnädiger Herr!"

„So weit? Bist du immer zu Fuß gegangen?"

„Ach nein! Bis an das nächste Dorf brachte mich ein Bauer in seinem Wagen, von da ab allerdings mußte ich allein weiter, aber der freundliche Mann beschrieb mir genau den Weg und sagte, daß es bis zum Gute nicht allzuweit mehr sei."

„Nun immerhin eine gute Strecke für ungewöhnte Füßel Hast du dich denn gar nicht gefürchtet allein über die Landstraße zu gehen, und noch dazu in einer Gegend, die dir augenscheinlich vollständig fremd ist?"

Die seltsamen, traurig-ernsten Augen des kleinen Mädchens, die so gar nicht in das junge, kindliche Gesicht paßten, sahen den Frager erstaunt an.

„Wer sollte mir etwas tun?" erwiderte sie in fragendem Ton. „Mama sagt, gute Kinder brauchten sich nicht zu fürchten, denn ihnen zur Seite schreitet bei Tag und Nacht ein freundlicher Engel, der sie vor allem Bösen behütet!"

„Ein schöner Trost!" brummte der alte Herr. „Trotzdem kommt es häufig genug vor, daß kleine Mädchen wie du auf der Landstraße von tollen Hunden gebissen oder von bösen Menschen belei[digt] werden, wo bleiben alsdann die guten Engel? — Lebt deine Mutter?"

„Ja, gnädiger Herr!"

„In Uexküll?"

„Nein, an diesem Ort sind wir erst seit drei Tagen! Früher wohnten wir im Auslande, anfangs in Weimar und später in Berlin. Als jedoch Papa erkrankte, nahm er Mama das Versprechen ab, im Falle seines Todes mit mir nach Livland zu reisen. Nach drei Wochen starb er, und ein paar Wochen später machten wir uns auf den Weg. Bis Uexküll ging alles gut, dann aber wurden Mamas Füße krank, sie konnte nicht weiter und ich mußte allein nach Willmershöh kommen!"

Mit steigender Spannung hörte der alte Herr den Bericht an, und als sie jetzt in ihrer Erzählung innehielt und zerstreut nach ein paar Grashalmen griff, malte sich so etwas wie Unruhe in seinem Gesicht.

„Du und deine Mutter wolltet also nach Willmershöh? Habt ihr Verwandte auf dem Gut?"

„Ja, gnädiger Herr, mein Großvater lebt dort!"

„Dein Großvater? — Wie heißt du denn, Kleine?"

„Tatiana Gorlenko!"

Fortsetzung folgt.

Münsterländer!
Haltet u. leset die Zeitschrift
Münsterland!

Was lehren die letzten Streiks?

Zwar ist durch den **Beschluß der Nationalversammlung und der Reichsregierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages** die Hoffnung der Unabhängigen und Kommunisten auf einen Generalstreik in ganz Deutschland zu Wasser geworden. Aber der Brand, der bereits gelegt war und nur im letzten Augenblick nicht zu vollem Ausbruch kam, schlägt hier und da in offener Flammer empor. Niemand kann sich darüber im unklaren sein, daß auch so der Allgemeinheit **schwerster Schaden zugefügt** wird. Im sächsischen Bergwerksgebiet um Locau herum haben wir zurzeit einen Streik, der sich in kürzester Frist zu einer tötlichen Gefahr für ganz Sachsen entwickelt hat. Nach den letzten Nachrichten hat man wegen des eingetretenen Kohlenmangels bereits den gesamten Güterverkehr stillegen müssen, und wenn der Streik weiterdauert, so wird in Zeit von 48 Stunden auch der ganze Personenverkehr lahmgelegt sein. Man denke dieser geradezu ungeheuerlichen Tatsache einmal eingehender nach, und man wird zu der absoluten Ueberzeugung gelangen, daß der Streikwahnsinn hier endgültig sich zur höchsten Höhe emporentwickelt hat. Mit dem Eisenbahnverkehr sind Handel und Wandel sowie jeder private Geschäftsverkehr tötlicher Erstarrung überantwortet worden, und in den Fabriken, wo die fertiggestellten Waren sich häufen, können auch die Arbeiter feiern, die den Streik wegen ihrer hungernden Kinder und Frauen verabscheuen. Zur selben Zeit üben die streikenden Straßenbahnangestellten in Groß-Berlin den brutalsten Terror auf die anderen Bevölkerungskreise aus. Aller Vernunft unzugänglich und ungeachtet aller Zugeständnisse, die sie erst vor wenigen Wochen erzwungen haben, behaupten sie, wiederum nur die gerechtesten Forderungen der Zeit zu erheben. Dabei wird ihnen tagtäglich, ja stündlich zu Gemüte geführt, daß alle anderen Berufskreise ihrer Bewegung ablehnend, ja absolut feindlich gegenüberstehen. Die Ansicht, die alle anderen Leute außerhalb der Straßenbahner-Organisationen über den Streik haben, wird den Straßenbahnangestellten sogar immer wieder durch die Tat zu Gemüte geführt, so daß die Straßenbahner wegen der dauernden Tätlichkeiten, denen sie ausgesetzt sind, nicht mehr in ihrer beruflichen Uniform auf der Straße zu erscheinen wagen. Immer dringlicher wird aber von den andeen Kreisen der Bevölkerung nunmehr an die Regierung die Aufforderung gerichtet, endlich energisch einzugreifen, denn man ist mit Recht der Meinung, daß es in Groß-Berlin ja nicht nur Interessen der Straßenbahnarbeiter zu vertreten gilt. Genau so liegt es im sächsischen Bergwerksrevier und schließlich überall sonst in Deutschland, wo gestreikt wird. Man sieht also, daß einer Entwickelung endlich ein Halt geboten werden muß, die sich sonst zu einer Lebensgefahr für das gesamte Wirtschaftsleben auszuwachsen droht. Dem Streikrecht steht die Pflicht gegenüber den anderen Mitmenschen entgegen, die gleichfalls unter der Last der Tage schwer zu kämpfen haben.

Trübe Aussichten für die Kohlenversorgung.

Beim Wirtschaftsministerium hat mit Vertretern der Reichs- und Landesbehörden eine Besprechung über die Kohlenlage stattgefunden, in der von berufener Seite ein Bild der augenblicklichen Verhältnisse und der für den Winter zu erwartenden Versorgung gegeben wurde. Danach ist die Lage äußerst ernst. Die **Eisenbahnen** und die **Gaswerke** haben bisher in diesem Jahre im Gegensatz zum Vorjahr **keinerlei Bestände für den Winter** ansammeln können, und auch für den **Hausbrand** ist die Heranschaffung von Wintervorräten bisher nicht möglich gewesen. Die Folgen des gewaltigen Rückganges der Förderung und der Streiks in den Kohlenrevieren und im Verkehrswesen werden darum erst im kommenden Winter in ihrer vollen Schwere auf dem deutschen Volke lasten, zumal die Aussichten auf eine demnächstige erhebliche Steigerung der Förderung gering sind. Hinzu kommt, daß bekanntlich der Friedensvertrag die **Lieferung riesiger Kohlenmengen an die Entente vorsieht.**

Wir haben also für den Winter zu erwarten: in Stadt und Land eine bedeutend schlechtere Hausbrandlieferung als im Vorjahre, bedeutend schlechtere und ungleichmäßige Versorgung der Gaswerke und der Elektrizitätswerke, **Verringerung der Zufuhren an die Industrie** in einem Maße, das einschneidende **Arbeitslosigkeit** und **Verringerung der Erzeugung** selbst wichtiger Industrieen **unvermeidlich** erscheinen läßt.

Es ist dringend nötig, daß auch die Oeffentlichkeit über den Ernst der Lage sich klar wird.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 14. Juli 1919.

g. **Eine Belegschaftsversammlung** der bei der Firma Grün und Billfingen in Walsum beschäftigten Arbeiter fand gestern morgen im Arb.-Verein St. Paulus statt. Dieselbe wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle des christl. Bauarbeiterverbandes Herrn **Steffens.** Der **Lohntarif** bei genannter Firma wurde vom gewerkschaftlichen Standpunkt anerkannt, das **Krankenkassenwesen** dagegen einer scharfen Kritik unterzogen. **Die Einle**[illegible] eines [illegible] nach dem Industriegebiet sei von der hiesigen städtischen Verwaltung bei der Eisenbahndirektion Essen beantragt worden, jedoch sei bis jetzt noch kein Bescheid hierüber eingegangen. Im übrigen gaben die Herten **Schmitz** und **Ludwig** den Anwesenden belehrende Aufklärungen über die vorstehend aufgeführten Punkte. Voraussichtlich soll im Laufe dieser Woche eine neue Belegschaftsversammlung an Ort und Stelle (Walsum) stattfinden, zu der die betreffenden Arbeiter dringend eingeladen wurden. Zum Schluß der Versammlung wurden noch einige Neuaufnahmen vollzogen.

m. **Der kaufmännische Verein** 1858 hält am Montag eine Versammlung mit wichtiger Tagesordnung ab. Näheres im Anzeigenteil.

m. **Der Barmer Bankverein** (Hinsberg, Fischer u. Cie.) hat das Hotel Post hier käuflich erworben und will eine Filiale dort einrichten.

s. **Meisterinnenprüfung.** Auf der am 11. d. Ms. an der Handwerkskammer zu Münster stattgefundenen Meisterprüfung haben von hier Frl. Maria **Elsebrock** und Frl. Anna **Schepers** die Prüfung im Damenschneiderhandwerk mit gutem Erfolge bestanden.

p. **Fundsache.** Auf dem Fundbüro im Zimmer Nr. 3 des Rathauses wurde ein Eisernes Kreuz als gefunden abgegeben.

p. **Festnahme.** Durch die Kriminalpolizei wurde ein weiterer Täter ermittelt und festgenommen, der vor einiger Zeit in Billerbeck einem Landwirt Stoffe abschwindelte. Bei der Festnahme suchte der Mann zu entfliehen, was jedoch durch den Polizeibeamten mit der Schußwaffe verhindert wurde.

p. **Fahrraddiebstahl.** Vor dem Postamt wurde einem Herrn ein Fahrrad, Marke Adler, mit Gummibereifung im Werte von ca. 500 *M* gestohlen. Das Rad stand höchstens 5 Minuten unbeaufsichtigt. Das wird wie folgt beschrieben: Rach oben gebogene Lenkstange, Rahmen und Felgen schwarz lackiert, der linke Griff ist braun, der rechte schwarz. Außerdem befand sich eine Freilaufvorrichtung. Marke Torpedo, daran. Der Hintermantel ist vollständig neu, der Vordermantel ist stark abgenutzt. Sachdienliche Angaben welche zur Wiederherbeischaffung des Rades führen, werden auf dem Kriminalbüro, Zimmer Nr. 3, erbeten. Vor Ankauf des Rades wird gewarnt.

p. **Warnung.** Es ist wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß Kehrichtabfälle und Straßenschmutz bei der Straßenreinigung in die Kanaleinlässe hineingefegt werden, wodurch diese sich verstopfen und den Wasserabfluß verhindern. Die Reinigung der Kanaleinlässe ist sehr langwierig und kostspielig. Die Polizeibeamten haben strengste Anweisung, diesem Unfug energisch entgegenzutreten und in jedem Falle der Zuwiderhandlung Anzeige zu erstatten.

h. **Die Vorschriften über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande.** Die Berliner Handelskammer hat zu ihrer Broschüre über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande einen Nachtrag ausarbeiten lassen, der alle seither ergangenen Aenderungen der Devisenordnung, die Vorschriften über den Verkehr mit Elsaß-Lothringen und die neuen Vorschriften über den Effekten-Verkehr enthält.

h. **Handelsbeziehungen mit der Schweiz.** Firmen, die in der Lage sind, Waren nach der Schweiz zu liefern, können eine nach Branchen eingeteilte Uebersicht über den in den verschiedenen Konsularbezirken der Schweiz festgestellten Bedarf an deutschen Waren auf der Handelskammer in D.-Ruhrort einsehen. Wegen seines Umfanges kann das Verzeichnis den Firmen zur Einsichtnahme nicht überlassen werden.

:: **Die neue Saatgutverordnung.** Durch Verordnung vom 20. Juni 1919 hat der Reichsernährungsminister Bestimmungen über den Saatgutverkehr mit Brotgetreide und Gerste erlassen. Während nach der neuen Reichsgetreideordnung von einer Regelung des Verkehrs mit Saatgut von Hafer, Hülsenfrüchten und den anderen nicht mehr bewirtschafteten Bodenfrüchten abgesehen worden ist, wurde für Brotgetreide und Gerste im wesentlichen an der bisherigen Regelung festgehalten. Nach wie vor bildet der Saatgutverkehr eine der Hauptstraßen, auf denen sich der Schleichhandel zu bewegen versucht. Der Saatkartenzwang muß daher beibehalten werden. So unbequem diese Beimmung für die Landwirtschaft auch ist, so erscheint sie doch unumgänglich notwendig, um Mißbräuchen vorzubeugen. Die im Vorjahre geschaffenen neuen Einrichtungen, die Saatkartenausstellung betreffend, haben sich inzwischen so eingeführt, daß für das kommende Wirtschaftsjahr eine schnelle und glattere Abwicklung des Saatgutverkehrs erwartet werden kann.

p. **Stenern,** 12. Juli. Bei einem Landwirt in Stenern wurde am 10. d. M. nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr ein Schafbock von der Weide **gestohlen** und von den Tätern sofort abgeschlachtet. Währenddem wurden sie von 2 Knaben überrascht, worauf die Täter die Flucht ergriffen. Landwirte nahmen nach der Beschreibung der Kinder sofort die Verfolgung auf und gaben mehrere Schüsse hinter den Flüchtigen her. Einer der Täter hatte das Pech, in einer Hecke hängen zu bleiben. Er wurde festgenommen. Der Betreffende hat schon eine ähnliche Straftat auf dem Gewissen, für die er bereits abgeurteilt ist. Durch die sofort von seiten der Gendarmerie angestellten Ermittelungen wurden dann die übrigen Täter überführt. In der Angelegenheit sind inzwischen verschiedene Festnahmen bewirkt worden.

m. **Rhede,** 12. Juli. Die **Elektrizitätsversorgung** soll hier jetzt ernstlich in die Hand genommen werden. Es hat bereits eine amtliche Umfrage bei den interessierten Firmen stattgefunden. — Die **Wohnungsnot** dahier ist groß. Das Amt fordert auf, alle in Betracht kommenden Räume anzumelden, um obdachlose Familien darin unterzubringen.

:: **Borken,** 12. Juli. In der letzten Stadtverordnetensitzung fehlte mit Entschuldigung Stadtv. Stratmann. Vom Magistrat waren anwesend Bürgermeister Müller und Kaufmann Hermann Wülfing. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten der Tätigkeit des ausgeschiedenen Mitgliedes Schlossermeisters Wilh. von Alten. 1. Von dem Bericht des Forstsachverständigen Forstassessors **Heck** über die bisherige Handhabung der Holzverkäufe aus den städtischen Armenforsten nahm Versammlung Kenntnis. 2. Mit der Errichtung einer Stadtförsterstelle erklärte sich die Versammlung grundsätzlich einverstanden. 3. Die zu Martini 1919 pachtlos werdenden 4 Armengüter Buß-Imping, Schoppenschulte, Resing und Teitingbusch sollen auf weitere 6 Jahre wieder verpachtet werden, ferner soll ein Teil des Gutes Temminhoff und des Gutes Buß-Imping für den Pachtpreis von 35 *M* den Morgen an die Gemeinde Heiden zwecks Unterverpachtung an Minderbemittelte auf 3 Jahre verpachtet werden. 4. Versammlung bewilligte für einen weiteren Monat die Mittel für einen Hilfsnachtschutzmann. 5. Bis zur endgültigen Regelung der Benutzungsgebühren für die Wasserleitung sowie der auf Grund des § 9 zu erhebenden Beiträge soll mit Rückwirkung vom 1. 7. 1919 ab ein Aufschlag von 50 Prozent zum Rechnungsbetrage erhoben werden. 6. Versammlung genehmigte eine Etatsüberschreitung um 720 Mark. 7. Versammlung ist damit einverstanden, daß der von der Beamten-Veruntreuungs-Versicherung freigewordene Betrag für die Unfallversicherung der einzurichtenden Flurwehr verwandt wird. Den für diese Versicherung nicht benötigten Betrag kann der Magistrat im Einvernehmen mit der Finanzkommission als Prämien an die Mitglieder der Flurwehr verteilen. 8. Versammlung genehmigt den Verkauf der an der Wasserstiege gelegenen 2 Wege-Spliß-Parzellen und zwar einen Teil an den Nachtschutzmann Mels und den anderen Teil an den Kreissekretär Germann zum Preise von 20 *M* die Rute. Hierauf geheime Sitzung.

:: **Borken,** 11. Juli. Ein furchtbares Unglück versetzte am Mittwoch nachmittag die Familie Amsbeck hier in tiefe Trauer, indem ihr 11jähriges Töchterchen enem rotierenden Treibriemen, der außerhalb der Mühle auf dem Innenhofe an der Aa angebracht ist, zu nahe kam und von diesem erfaßt und zerschmettert wurde. Der Tod trat augenblicklich ein.

m. **Isselburg,** 12. Juli. Am Donnerstag nachmittags 5 Uhr findet im Rathaussaale **Stadtverordnetenversammlung** mit folgender Tagesordnung statt: 1. Neufestsetzung der Bezüge der Angestellten und Bewilligung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten; 2. Gemeindeeinkommenbesteuerung im Rechnungsjahre 1919; 3. Bereitstellung eines Kredits für die Verbilligung der Lebensmittel; 4. Anlegung eines Brunnens auf dem Schulhof der kath. Schule; 5. Bestellung eines Flurhüters; 6. Mitteilungen.

Vermischtes.

Das Stürzen der Preise.

Seit acht bis zehn Tagen sind die wucherisch getriebenen Preise im vollen Stürzen. Natürlich fallen nicht die staatlich festgesetzten Preise von selbst; diese werden durch die bekannte Senkung auf den alten Zustand künstlich zurückgeführt, wie er etwa vor einem halben Jahre bestand. Es werden aber von den Preisstürzen betroffen die Schleichhandelspreise, — und es gibt wohl keine Familie, die ohne Schleichhandelsware auskam. Butter kostete im Schleichhandel im Industriegebiet 28 Mark und war stellenweise auf 34 *M* getrieben; sie wird dringlich angeboten zu 16—18 *M* und auch schon zu 12 *M*. Fett ist von 32 *M* auf 16 *M* zurückgegangen, Schmalz von 30 *M* auf 11,50 *M*. In Düsseldorfer Läden Ijegen gekochte Schinken, das Pfund zu 9,50 *M*, während vor kurzem noch das Pfund mit 18 *M* bezahlt wurde. Ganz besonders ist Speck gefallen; er wird im Schleichhandel in ganz riesigen Mengen angeboten zu 9 *M* für amerikanische und 15 *M* für deutsche Ware. Kernseife kostete das Doppelstück 14 bis 15 *M*, jetzt 6—7 *M*. Seide kostete vor 14 Tagen 83 *M*, sie stürzte binnen acht Tagen auf 26 *M* und ging dann Tag für Tag herunter und wird heute schon für 19,50 *M* angeboten.

Diese Preise sind ein Beweis dafür, daß noch im Reiche ungeheure Mengen an Lebensmitteln steckten und daß sie nur künstlich von Wucherern heraufgetrieben wurden, denn in der Hauptsache kamen bisher fremde Waren noch nicht herein. Der Preissturz erklärt sich dadurch, daß die Wucherer und Schieber richtig beechnen, daß jede weitere Auffspeicherung Gefahr bringt; wie die Börse immer voraussieht, so sieht natürlich auch der Schieber voraus und er weiß, daß bei Oeffnung der Grenzen diese fürchterlichen Preise verschwinden müssen. Wir bekommen wieder billigeres Essen und billigere Kleider — natürlich, der Friedenspreis ist für absehbare Zeit nicht erreichbar.

Assignaten.

Das Papiergeld in Deutschland ist nicht mehr lediglich Tauschmittel, sondern es besitzt auch die Währungs und damit im wesentlichen auch die Wertmaßfunktion. Die übermäßige Vermehrung, namentlich seit dem Beginn der Revolution, — nach dem letzten Reichsbankausweis sind über 40 Milliarden M. papierne Zahlungsmittel im Umlauf — ruft die Erinnerung an die Assignatenwirtschaft der französischen Revolution von 1793 wach. Die Hungersnot in jenen Jahren war groß. Das Pfund Brot kostete im Jahre 1795 60 Francs, das Pfund Fleisch 120 Francs. Ein Gericht Bohnen stellte sich auf 38 Francs: 25 Francs für die Bohnen, 10 für die Butter, 3 für die Kohlen. Die Ursache dieser phantastischen Preise war die gewaltige Entwertung des Geldes infolge der im Umlauf befindlichen Millionen Ries Papiergeld; der Bedarf an Papier wurde zeitweilig so groß, daß die Regierung nahe daran war, aus Papiermangel Bankrott zu machen. Befriedigte doch die Fabrikation der Assignate mit 100 Millionen täglich das Bedürfnis kaum zur Hälfte! Diese Papiergeldvermehrung hatte ein gewaltiges Steigen des Goldagios zur Folge. Am 6. Juni 1796 stand der Goldlouis auf 2300 Francs. Der Arbeiter erhielt die Arbeitsstunde mit Paketen von Assignaten bezahlt, ebenso die Gemüsehändlerin oder sonstige Lebensmittelverkäufer. Nach einem Bericht aus jener Zeit waren Tageseinnahmen einer Radieschenverkäuferin mit 1000 Franks keine Seltenheit. Jeder Tag, der neue Assignaten in den Verkehr brachte, führte zu einer weiteren Wertverminderung, so daß die 46 Milliarden Livres schließlich Makulatur wurden und tatsächlich zum Tapezieren der Wände Verwendung fanden. Ein weiteres warnendes Beispiel für Papiergeldwirtschaft ist Nordamerika, wo im Jahre 1781 das Verhältnis von Silber zu Papiergeld wie 1 : 500 war und Präsident Washington schrieb, daß ein Wagen mit Papiergeld kaum genüge, um dafür einen Wagen mit Lebensmitteln zu kaufen!

Wirklich liebenswürdige Polen.

Verschiedentlich wurde über die planmäßige Beraubung von Postpaketen aus den Posenschen Bezirken Klage geführt. Merkwürdiger Weise stimmen zumeist die Gewichtsangaben der Pakete mit den auf der Begleitadresse versehenen, so daß im ersten Augenblick der Empfänger froh ist, seine Sendungen unversehrt bekommen zu haben. Beim Oeffnen derselben ist er aber gewöhnlich nicht wenig enttäuscht, denn die besten Einlagen der Pakete haben unsere Polenfreunde in dem östlichen Deutschlandi lebenswürdigst annektiert und da wir nun einmal in der Zeit des „Ersatzes" leben, als Gewichtsersatz polnische Liederbücher mit dem Titel „Jeszcze Polska Nie Zginela!" und Agitationsschriften beigelegt, die von der bekannten Karola Jansena in Krakow und „Keweloer" herausgegeben werden.

Eingesandt.

Die Belästigung der Grenzbewohner durch Grenzbeamte nimmt in letzter Zeit einen unerfreulichen Umfang an. Die Bevölkerung muß darüber aufgeklärt werden, daß diese Herren sich Freiheiten heraus nehmen, die weit über ihre Befugnisse hinaus gehen und sicher von der Oberzollkontrolle nicht gebilligt werden. In den Grenzorten darf sich ein Eingesessener noch nicht mit dem kleinsten Paketchen auf der Straße zeigen, ohne sofort einer Revision und eventl. auch einer Leibesvisitation unterworfen und gleich einem Verbrecher behandelt zu werden, ganz gleichgültig ob sich der Betreffende klipp und klar darüber ausweisen kann, daß er nicht von der Grenze kommt. Beispielsweise war s. Z. in Anholt am Messing'schen Hause ein Posten aufgestellt, von dem jeder vorübergehende Ortseingesessene, der ein kleines Paketchen der Post zur Beförderung übergeben wollte, angehalten und einer eingehenden Revision unterzogen wurde. Daß derartige Zustände hellen Zorn bei der Einwohnerschaft auslösen, liegt klar auf der Hand. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Grenzbewohner sich den Schlaf aus den Augen reiben und gegen derartige Belästigungen ganz energisch Einspruch erheben.

Ein Grenzbewohner.

Versammlungskalender der christlichen Gewerkschaften.

Christl. Lederarbeiterverband.

Mittwoch abend 6 Uhr im Arbeiter-Verein St. Paulus Mitgliederversammlung.

Gottesdienst-Ordnung.

Andachten im Laufe der Woche.

St. Georg. Donnerstag 8,30 Uhr Sakramentshochamt; abends 8,30 Uhr Sakramentsandacht.
St. Klara. Dienstag 6 Uhr Antoniusandacht.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hohbach, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- u. Anzeigenteil Fr. Heggen, sämtl. in Bocholt.

Krieger-Verein Mussum.

Nachruf.

Am Freitag morgen verschied unser Schriftführer

Heinrich Groß-Hardt
aus Mussum.

Seit Gründung war er Vorstand des Kriegervereins und stand uns stets mit Rat und Tat bei.

Sein Andenken wird bei uns in Ehren gehalten.

Er ruhe in Frieden!

Der Vorstand.

Nachruf.



Nach kurzer schwerer Krankheit starb am 11. d. M. nach 12jähriger Tätigkeit in unserem Werk II unser lieber Arbeiter und Mitarbeiter

Johann Schöttler.

Wir verlieren in ihm einen treuen und fleißigen Arbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Inhaber, Angestellten und Arbeiter der Firma A. Friedr. Flender & Co.

Werk II, Westend.

---

†

Das Jahres-Seelenamt

für den auf dem Felde der Ehre gefallenen

Jgnaz Moddenborg

findet statt am Mittwoch, dem 16. Juli, morgens 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Bekanntmachung.

Für **Kinder vom vollendeten 8. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre** werden **gegen Vorlegung des Stammbuches und des Lebensmittelbuches** im Zimmer 1 des Lebensmittelamts **Sonderzulagemarken** nach folgender Ordnung verausgabt:

Lebensmittelbuch-Nummern

1—1500 Dienstag vormittag von 8½—12½ Uhr
1501—3000 „ nachmittag „ 3—6 „
3001—4500 Mittwoch vormittag „ 8½—12½ „
4501—Schluß „ nachmittag „ 3—6 „

Diese Reihenfolge ist genau einzuhalten. Spätere Anforderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Auf obige Marken werden in den Drogerien von Gebr. Steiner, Bruns und Geschw. Höpfner

125 Gramm Kakao zu Mk. 2,50

verabfolgt.

Bocholt, den 12. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Bis auf Weiteres betragen die **Verbraucherpreise** wieder für

60 Gramm Bauernbutter 45 Pfennig
60 „ Molkereibutter 50 „

Bocholt, den 14. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Gemäß Polizeiverordnung vom 2. März 1914 müssen innerhalb des Dorfes Rhede die Straßen usw. Mittwochs und Samstags rein gefegt werden.

Ich habe besonders in den letzten Wochen die Beobachtung gemacht, daß einzelne Hausbesitzer nicht einmal Samstags die Straßen fegen. Es liegt unbedingt im Interesse der öffentlichen Gesundheit und weiterhin auch des guten Aussehens einer Straße und damit des Dorfes, daß der Reinigungspflicht regelmäßig nachgekommen wird.

Rhede, den 9. Juli 1919.

Der e. Amtmann: Schöttler.

Bekanntmachung.

Im Dorfe Rhede herrscht große Wohnungsnot. Insbesondere fehlt es an Wohnungen für Familien mit zwei und mehr Kindern. Die Familien müssen unbedingt untergebracht werden. Ich bitte daher dringend alle Hausbesitzer, sich auf das unbedingt Nötige einzuschränken und Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Es kann und darf keine Familie obdachlos bleiben und auf die Straße gesetzt werden. Ich bitte des weiteren alle Hausbesitzer, welche Wohnungen zur Verfügung stellen wollen, sich auf dem Amte, Zimmer 8, zu melden. Ich ersuche auch alle Wohnungsuchende um Meldung auf dem gleichen Zimmer.

Rhede, den 9. Juli 1919.

Der e. Amtmann: Schöttler.

Bekanntmachung.

Im Einverständnis mit dem Herrn Landrat in Borken setze ich für die Sommerschau der Issel folgende Termine fest:

1. für Isselburg 16. Juli Nachm. 1 Uhr,
2. „ Anholt 16. „ „ 4½ „
3. „ Haldern 22. „ „ 3 „
4. „ Werth 22. „ „ 3 „

Für die kleine Issel:

1. „ Liedern-Werth 6. August, Nachm. 3 Uhr
2. „ Ringenberg 13. „ „ 3 „

Wesel, den 2. Juli 1919.

Der Landrat:
J. V.: gez. Küster.

Bekanntmachung.

In den nächsten Tagen wird eine Liste zirkulieren, in welche ich um unverbindliche Eintragung dahingehend bitte, welche gewerblichen Betriebe elektrischen Strom (Kraft) und welche Hausbesitzer elektrisches Licht wünschen.

Rhede, den 9. Juli 1919.

Der e. Amtmann: Schöttler.

Fr. Lüthgen u. Sohn

Hoflieferanten

Wesel, Hindenburgstr. 62 — Düsseldorf, Roßstr. 44

Anfertigung feiner Damen-Jackenkleider

Verpachtung.

Die Herrenpflüge,

sowie einige

Ackergrundstücke

in der Nähe der Wirtschaft Bolting in **Liedern** und mehrere

Ackergrundstücke in Herzebocholt

in der Nähe des Bahnhofs **Werth** sollen neu

verpachtet werden.

Bewerber wollen sich wenden an die

Fürstl. Salm-Salm'sche Rentei in Bocholt.

Eier-Sammlung.

Die im hiesigen Kreise für Kranke und Minderbemittelte eingeleitete Sammlung von Eiern hatte vom 30. 6.—7. 7. 1919 folgendes Ergebnis.

Es wurden abgeliefert aus der Gemeinde: Borkenwirthe 268, Barlo 121, Grütlohn 115, Hemden 265, Holtwick 54, Hoxfeld 224, Liedern 555, Lowick 24, Mussum 148, Nordvelen 172, Rhede 221, Spork 86, Weseke 280, Westenborken 40, Summe 2573.

Indem ich den richtigen Empfang der Eier hiermit dankend bescheinige, bitte ich dringend im Interesse der Notleidenden mit der Sammlung rege fortfahren zu wollen.

Die gesammelten Eier sind sämtlich den Bedarfsgemeinden des Kreises gegen Quittung ausgeliefert worden.

Borken, den 11. Juli 1919.

Der Landrat.

Friedensware wichtig für Exporteure!

Wir verkaufen im unbesetzten Gebiet lagernde etwa 15000 m Ia **Hausschläuche** (Feuerwehrschläuche), 65 m/m und etwa 7000 m Ia desgl. 78 m/m, ferner **Spiral-Gummisaugschläuche** in div. Längen mit einseit. Gewinde und anderseit. Saugkorb, sowie etwa **100 Hängematten** aus prima Segeltuch, etwa 2 qm groß. Sodann stehen zum Verkauf größte Posten **Kreuzhacken, Spaten, Schaufeln, Aexte** und **Beile, Hämmer, Hobel, Sägen, Zangen, Feilen** verschiedener Sorten und Größen, **Nägel, Schloßschrauben, Pumpen, Grubenlampen, Türschlösser** und alle **sonstigen Handwerkzeuge.**

Besichtigung zu jeder Zeit am Lagerort in unserer Fabrik Würgendorf, Personenzugstation an der Strecke Betzdorf-Gießen.

Reflektanten wollen sich die Waren an Ort und Stelle ansehen und daselbst Mengen und Preise vereinbaren.

Sprengstoffabriken Hoppecke Akt.-Ges.

Abteilung: Geräte für Industrie und Landwirtschaft.

Würgendorf, Kreis Siegen.

Rauhen, Färben und Ausrüsten von Baumwoll- und Leinenwaren aller Art, Spulen von Kette und Schuß, Zetteln und Schlichten von Ketten führen wir in Lohn auf das Prompteste aus.

Gebr. Braunschweig, Bocholt.

Ein paar neue

Militär-schnürstiefel

Größe 28, preiswert zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Eine Partie schweres

Eichen-Fallholz

(Knüppelholz), besonders für Bäcker geeignet, hat zu verkaufen

Wwe. Wilh. Ketteler,
Vardingholt b. Rhede.

Eine graue

Schäferhündin

am Samstag abhanden gekommen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

Tierarzt Meiglmann.



Heute, Montag, mittag von 1 Uhr an ist

Fleisch

zu haben bei

Dietrich Lucas, Südmauer.

Gasherd

gebraucht, doch gut erhalten, mit drei Flammen u. Vorrichtung zum Backen sofort zu kaufen gesucht.

Off. unter **C. 5745** an die Geschäftsstelle.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht **R. Calderaron**, Hamburg 6. Tüchtige Vermittler gesucht.

Ich bin

zum Notar ernannt

Mein Geschäftszimmer befindet sich

Kirchstrasse Nr. 1

(früher Justizrat Koop).

Viethues,

Rechtsanwalt und Notar.

Zu der am **Montag abend 6 Uhr** im Lokale der Frau **Wink, Osterstr.** stattfindenden

Milchhändler-Versammlung

werden **sämtl. Milchhändler von Bocholt und Umgegend** eingeladen.

Erscheinen aller dringend erforderlich.

Die Einberufer.

Anbiete freibleibend sofort lieferbar ab Münster i. Westf.

10 Stehpulte Kiefern, Naturpoliert, als Einzel- und Doppelstehpult verwendbar, Breite 135, 140 und 150 cm von Mk. 325,— an.

4 Schreibtische Kiefern, Naturpoliert, einfache Arbeitstische, Breite 125 u. 150 cm, von Mk. 190,— an,

8 Schreibtische (Diplomat) Kiefern, Naturpoliert, Breite 130 und 150 cm, von Mk. 365.— an.

8 Schreibtische (Diplomat) Kiefern, Naturpoliert mit Eichenplatte, Breite 130 und 150 cm, von Mk. 450.— an.

10 Schreibtische (Diplomat) Eiche, Breite 135, 150 und 160 cm.

3 Aktenrollschränke Eiche, Höhe 220 cm, Breite 125 cm.

3 Aktenrollschränke Kiefer, Höhe 220 cm, Breite 90 und 130 cm.

20 Kolljalonisieschränke einfach und doppelreihig Eiche, für Aktenst, tief und quer hinein zu legen, Höhe 120 cm von Mk. 210.— an

3 Türenschränke als Bücherschränke mit Fasettglasscheiben, Eiche, für Privatzimmer und Büro, Höhe 210 und 170 cm,

3 Türenschränke Kiefern, Naturpoliert, Höhe 210, Breite 135 und 110 cm.

3 Holz- u. Eisenregale Höhe 210 cm, Kiefern, Naturpoliert.

18 Aktenständer Kiefern u. Eiche, Höhe 110 cm, 100 cm, 95 cm und 80 cm, von Mk. 70.— an.

25 Kartenkästen (Kartotheken) für Kartengröße I, II, III, IV,

Größe I 130×70 mm — Größe II 156×100 mm — Größe III 200×130 mm — Größe IV 235×170

in Pappe und Eiche, einfach und Meterfachabteile zusammengesetzt aus den verschiedenen Größen zu sogen. Meterschränken, von Mk. 16.50 an.

3 Vertikalschränke für Registratur, für Quart und Folio, Eiche.

Bürostühle und Schreibsessel von Mk. 28.— an,
Kontorböcke von Mk. 32.— an,
Schreibmaschinen-Tische von Mk. 55.— an.

Schreibmaschinen neu und gebraucht, letztere tadellos durchrepariert u. aufgearbeitet von 75.—, 250.—, 350.—, 450.— und teurer.

Heinrich Buschmann

Abt. Büro-Einrichtungen, Büro-Möbel und Maschinen.

Generalvertretung der Mercedes-Schreibmaschinen.

Münster i. W., Roggenmarkt 15

Ein

Zeitungsbote

für das Neutor (Petersfeld) sofort gesucht.

Bocholter Volksblatt.

Kommunionbilder

werden preiswert u. geschmackvoll eingerahmt.

J. & A. Temming.

Zahnarzt Tüffers verreist.

Heiratsgesuch. Zwei lebensl. Herren, kath., 25 und 28 J., aus guter ansehnl. Fam., mit tadelloser Vergangenh., wünsch. mit 2 Damen, zw. späterer Heirat bekannt zu werden. Angeb. mit Bild unter **B. 357** an die Geschäftsstelle erbeten.

Für sofort oder 15. Juli suche ich ein besseres

Mädchen

welches sehr kinderlieb ist, kochen und nähen kann und Hausarbeit mit verrichten muß. Zweitmädchen vorhanden. Bitte um Bild, Zeugnisse u. Lohnansprüche

Frau Oskar Wolf, Emmerich a. Rh.
Hindenburgwall 46

Ein tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen

für baldigst nach auswärts gesucht.

Näheres Geschäftsstelle

Für die Buchbinderei ein ordentlicher Junge als

Lehrling

gesucht.

I. & A. Temming.

Zum Stimmen

der

Pianos u. Flügel

sämtlicher Fabrikate kommt

Herr Schmidt

von der Firma **Adam** in nächster Woche nach hier.

Adressen angeben in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Vollgatter und Horizontalgatter

sowie verschiedene **Holzbearbeitungsmaschinen** zu kaufen gesucht. Umgehende Angebote erbittet

Joh. Nellessen, Düsseldorf 104, Yorckstr 1.
Fernsprecher 12096.

Unfehlbar

wird Ungeziefer, wie Flöhe, Läuse, Wanzen, Schwaben, Russen 2c. vernichtet durch unsere Spezialpräparate.

Gebr. Steiner,
Drogerie
zum weißen Kreuz.
Fernruf 257. Gegr. 1893

Zwei gebrauchte

Billards

nebst Zubehör

(Elfenbeinbälle usw.) billig zu verkaufen.

Stadtbauamt Bocholt.

Butter gegen Zucker zu tauschen gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.



Von **Montag** mittag 1 Uhr an **prima frisch. Fleisch** zu haben.

Salomon Lorch,
Ostmauer 3. Fernruf 245.

---

7 Stück, 5 Wochen alte

Ferkel

zu verkaufen.

H. Wehnick, Barlo.

Milchgebende

Ziege

2 Jahre alt, zu verkaufen.

Lerchoerstr. 625.

Christliches Gewerkschaftskartell

Am **Dienstag,** dem 15. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Arbeiter-Verein St. Paulus ein

Unterrichts-Abend

statt.

Wir bitten die bisherigen Teilnehmer sich pünktlich und zahlreich einzufinden.

Das Komitee.



Städt. freiwillige Feuerwehr Bocholt

Am Montag, 14. Juli abends punkt 8 Uhr:

Uebung.

Anschließend:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl der Rechnungsprüfer.
2. Mitteilungen.
3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Der Branddirektor.

Kaufm. Verein von 1858.

Hotel-Restaur. Bürgerkrug.

Am Montag abend 8½ Uhr:

Wichtige Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden über die Kreisversammlung in Dortmund.
2. Wahl eines Arbeitsausschusses.
3. Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder **dringend** erforderlich.

Der Vorstand.

Wegen Dringlichkeit der Tagesordnung muß die Versammlung am Montag abend stattfinden.

Die für Donnerstag dieser Woche angesetzte Versammlung fällt aus.

St. Georgius-Schützen-Verein.



Montag, den 14. Juli 1919, abends 8½ Uhr:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1) Aufnahme neuer Mitglieder.
2) Mitteilungen.

Der Vorstand.

Empfehle:

Prima Sauerkraut

Pfund 15 Pfg.

W. Ernsten, Münsterstr.

Eine milchgebende

Ziege

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Die erkannte Person, welche am Freitag morgen von 9—10 Uhr in Stenern hinter der Schule aus der Weide leberne

Kopfstücke fortgenommen

hat, wird aufgefordert, dieselben innerhalb 2 Tagen bei **Lehrer Voß** abzugeben, andernfalls Anzeige erstattet wird.